

Elternlobby für freie Schulwahl

Anders als in Basel-Landschaft schreckt die Elternlobby in Bern noch vor der **Lancierung einer Volksinitiative** zurück

2000 Franken vom Staat für alle Privatschüler: Das fordert die Elternlobby Bern in einem ersten Schritt. Danach soll die freie Schulwahl Realität werden. Die Erziehungsdirektion arbeitet derzeit an gerechteren Regeln zur Subventionierung von Privatschulen.

RETO WISSMANN

Im Kanton Basel-Landschaft hat die Elternlobby Schweiz ihre erste Volksinitiative für eine freie Schulwahl eingereicht (siehe Kasten). In Solothurn wird bereits die Unterschriftensammlung vorbereitet und in anderen Kantonen arbeiten Juristen eifrig an Initiativtexten. Im Kanton Bern hingegen, wo rund 300 Personen Mitglied der Elternlobby sind, schreckt man derzeit noch vor der Lancierung einer Volksinitiative zurück. «Es ist schon ein Unterschied, ob man wie in Baselland 2000 Unterschriften sammeln muss oder wie in Bern 15 000», sagt Ida-Maria Lederger-

ber, Delegierte der Elternlobby-Regionalgruppe Bern.

Die Elternlobby ist ein 2002 gegründeter, privater Verein mit landesweit rund 1200 Mitgliedern. Sie will hauptsächlich erreichen, dass Eltern frei wählen können, in welche Staats- oder Privatschule sie ihre Kinder schicken wollen.

Gegen die «Bevormundung»

Die Zurückhaltung der Berner Mitglieder der Elternlobby ändert nichts an deren Ziel. «Die Einschränkung der freien Schulwahl ist eine Bevormundung der Eltern», sagt Ledergerber. «Gäbe es die freie Schulwahl, würden nicht nur die Privatschulen, sondern auch die öffentlichen Schulen profitieren. Sie könnten besser von den pädagogischen Impulsen der Privaten profitieren, müssten sich aber auch verstärkt um ihr Profil und die Qualität ihres Angebots bemühen.»

Von Eliteschulen und einer Zweiklassengesellschaft im Bildungswesen hält Ledergerber, die selber aus einem bäuerlichen Milieu stammt, gar nichts. Bekämen

die Privatschulen die gleichen Mittel wie die öffentlichen Schulen, so könnten sie auf Schulgelder verzichten, so die Elternlobby-Vertreterin. Damit würden Privatschulen auch für Kinder aus bescheidenen Verhältnissen eine Alternative.

Nur drei erhalten Subventionen

Die Elternlobby Bern versucht ihr Ziel der freien Schulwahl nun in Etappen zu erreichen. Zunächst will sie durchsetzen, dass bei der nächsten Volksschulrevision die

Subventionierung von Privatschulen vereinheitlicht wird. Derzeit erhalten aus historischen Gründen nur die privaten Volksschulen des pädagogischen Ausbildungszentrums NMS, der Campus Muristalden AG und des Vereins Freies Gymnasium (alle in Bern) 2000 Franken pro Jahr und Kind vom Kanton. «Diesen Betrag sollen alle Privatschulen erhalten, die den Qualitätsansprüchen genügen», fordert Ledergerber. Demnächst wolle die Elternlobby diese Forde-

rung bei Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (grüne) deponieren.

Pulver überarbeitet derzeit im Auftrag des Grossen Rates die Finanzierungsgrundlagen für Privatschulen. «Wir wollen klare Kriterien schaffen, die für alle Privatschulen gelten», sagt Pulver. Danach müsse der Grosse Rat entscheiden, wie viel Geld er künftig für Subventionen ausgeben will. In der Vergangenheit haben insbesondere die bürgerlichen Parteien schon mehrfach bessere Rahmenbedingungen für die Privatschulen gefordert, waren jedoch nie bereit, dafür mehr Geld in die Hand zu nehmen. Die Revision des Volksschulgesetzes soll bereits im April in die Vernehmlassung gehen und 2009 in Kraft treten.

Derzeit zahlt der Kanton Bern rund 1,8 Millionen Franken Subventionen für rund 900 Volksschülerinnen und -schüler an den drei erwähnten Privatschulen. Insgesamt besuchen im Kanton Bern rund 5000 Erst- bis Neuntklässler eine Privatschule. Das entspricht 5 Prozent aller Schülerinnen und Schüler – Tendenz steigend.

Gratis in die Privatschule

Am 6. Dezember hat die Elternlobby Baselland eine kantonale Verfassungsinitiative mit 2077 Unterschriften eingereicht. Darin fordert sie das Recht auf freie Schulwahl. Eltern sollen frei entscheiden können, in welche staatliche oder private Schule sie ihre Kinder schicken wollen. Sofern der Zugang zu Privatschulen ohne ethnische, religiöse oder

finanzielle Einschränkungen möglich ist, soll der Staat den Privatschulen pro Kind einen Betrag vergüten, der den Durchschnittskosten in der öffentlichen Schule entspricht. Bereits seit dem Jahr 2000 zahlt Baselland Privatschulen mit einer kantonalen Betriebsbewilligung (z. B. der Rudolf-Steiner-Schule) 2000 Franken pro Kind. (rw)